

Bad Langensalza, den 23. 04. 05

Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Redebeginn

Referat
des Landesvorsitzenden der PDS Thüringen
auf der 2. Tagung des 8. Landesparteitages in
Bad Langensalza

Liebe Genossinnen und Genossen;

Liebe Sympathisantinnen und Sympathisanten;

Sehr geehrte Gäste;

Kommunen sozial gerecht und bürgernah dieses Motto bedeutet, dass Menschen in ihren Städten und Gemeinden mit einem existenzsichernden Einkommen leben und sich in alle wichtigen Entscheidungen des Gemeinwesens selbst einbringen können. Es bedeutet auch eine fortbestehende und sich fortentwickelnde öffentliche Daseinsvorsorge bei der Wasserversorgung, im Gesundheitsbereich, in der Schulträgerschaft, bei der Finanzierung von Kindertagesstätten und dem öffentlichen Nahverkehr.

Schon diese wenigen, aber gewichtigen Eckpunkte kommunalpolitischer Verantwortung verdeutlichen:

Die Entwicklung der Städte und Gemeinden, die Entscheidungsmöglichkeiten der kommunalen Vertretungen und die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger an diesen Entscheidungen hängen letztlich von der Gesamtsituation des Landes ab.

Anders gesagt:

Kommunalpolitik kann nur so gut gestaltet werden, wie es die politischen Rahmenbedingungen der Bundes- und Landespolitik zulassen. Bund und Land täten daher gut daran, die Interessen der Städte und Gemeinden entsprechend zu berücksichtigen, ihre Erfahrungen für eigene Entscheidungen stärker aufzunehmen.

Die Situation hierzulande ist allerdings eine ganz andere.

Die Schere zwischen enorm wachsenden kommunalen Aufgaben und den Beschränkungen ihrer politischen, rechtlichen und finanziellen Entscheidungs- und Handlungsmöglichkeiten wird immer größer. Daraus ergibt sich grundlegender Handlungsbedarf in Richtung einer veränderten Einnahme- und Steuerpolitik, des Haushaltsrechts sowie der zukunftsfähigen Gestaltung der sozialen Sicherungssysteme. Vor allem muss zunächst jegliche überproportionale finanzielle Belastung der Kommunen zurückgeführt werden.

Diese Fragen werden uns im Verlaufe unserer heutigen Tagung noch eingehender beschäftigen.

An dieser Stelle möchte ich zunächst auf einige Landes- und bundespolitische Zusammenhänge und Entwicklungen der letzten Zeit eingehen.

Für die PDS, für unseren Landesverband bleibt die soziale Frage im Mittelpunkt unseres politischen Handelns.

In der kommenden Woche werden wir dies mit einer Kampagne nochmals besonders ins Licht der Thüringer Öffentlichkeit rücken.

Damit stehen wir bekannter Maßen nicht allein.

Deshalb möchte ich an dieser Stelle die Synode der evangelischen Landeskirche zitieren. Das Kirchenparlament forderte kürzlich die „*politischen Mandatsträger*“ auf, „*das Soziale in der sozialen Marktwirtschaft*“ zu retten. Von Wirtschaft und Politik wurde weiter gefordert, ihrer Verantwortung für soziale Gerechtigkeit nachzukommen. Demografische Veränderungen, die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und „*die immer weiter auseinandergelende Schere zwischen Arm und Reich*“ wurden von der Synode als die „*größten Herausforderungen*“ angesehen.

Dieser Einschätzung kann nur zugestimmt werden. Zugleich bestärken uns diese und ähnlich lautende Einschätzungen anderer, besonders der Gewerkschaften und der Sozialverbände in Thüringen, in unserem Engagement Alternativen zu entwickeln.

Wer Alternativen zum rigorosen Sozialstaatsabbau entwickeln und umsetzen will, der kann dies nur in Auseinandersetzung mit Schröders, Merkels und Althaus's Politik tun. Dies gehört zur Entwicklung einer konstruktiven Politik und bleibt Aufgabe einer sozialistischen Opposition.

Anrede!

Als der Landesvorstand einen Parteitag zum Thema Kommunalpolitik diskutierte und schließlich einberief, gingen wir davon aus, dass sich in den Städten und Gemeinden alle wichtigen sozialen Probleme, aber auch die Wirtschaftsentwicklung, die anhaltende Krise des Arbeitsmarktes und die finanziellen Notstände der öffentlichen Haushalte bündeln. Diese gravierenden Fragen an Hand der konkreten Situation in den Orten und Landkreisen Thüringens zu beraten und Schlussfolgerungen für die Landespolitik zu ziehen, entspricht unserem Demokratieverständnis, Politik von der Basis her zu entwickeln.

Tatsache ist, die kommunalen Verwaltungen und Vertretungskörperschaften müssen, ob sie wollen oder nicht, seit der Jahreswende die Hartz IV Gesetzgebung umsetzen. Gleich, ob in den Arbeitsgemeinschaften oder auf Grundlage des Optionsmodells. Sie tragen gemeinsam mit der Arbeitsagentur gegenüber den Betroffenen die Verantwortung, sind die unmittelbaren Ansprechpartner darunter natürlich auch die Bürgermeister und Dezernenten mit PDS-Mandat. Die Thüringer PDS und ihre Kreis- und Stadtverbände sowie unsere Fraktionen waren und sind aktiv beteiligt an der Bildung und der Arbeit von Beiräten der Arbeitsgemeinschaften. Auf unsere Initiative hin wird es vielfach regelmäßige Berichterstattungen zur Situation vor den Kommunalvertretungen geben. Ziel bleibt dabei, die Spielräume des Gesetzes so gering sie auch sind im Interesse der Betroffenen möglichst voll auszuschöpfen.

Dies alles zu tun, bedeutet nicht, von unserer grundsätzlichen Kritik an Hartz IV und Schröders Agenda 2010 abzugehen. **Im Gegenteil.**

Im Thüringer Landtag gibt bei jeder Tagung eine Neuauflage des CDU SPD - Stückes „Schuld ist die Bundesregierung Schuld ist die Landesregierung“. Den Menschen in diesem Land, die von Arbeitslosigkeit und Sozialabbau betroffen sind, nützen diese unwürdigen und scheinheiligen

Aufführungen überhaupt nichts. Sie schaffen keinen einzigen Arbeitsplatz, bringen keinen einzigen Euro in die öffentlichen Kassen, sichern nicht einen Kindertagesstättenplatz in Thüringen.

Schröders und Clements völliges Versagen in der Arbeitsmarktpolitik wird immer offensichtlicher. Die PDS-Landtagsfraktion hat unter Einbeziehung der Sozialdezernentinnen der Stadt Gera und des Landkreises Nordhausen beide mit PDS-Mandat - und weiterer kommunaler Vertreter eine Anhörung betroffener Institutionen, von Gewerkschaften, Vereinen und Verbänden der Sozial- und Jugendarbeit zur Umsetzung von Harz IV durchgeführt. Die Teilnahme war sehr rege und die wesentlichsten Aussagen bestätigten im Kern unsere Kritiken. Der Vertreter der Arbeitsagentur Sachsen-Anhalt/Thüringen bestätigte am Beginn seiner Einschätzungen unsere Sicht der Dinge. Die Arbeitslosigkeit, so auch seine Bewertung, ist mit diesem Gesetz nicht zu verringern, da wir in Ostdeutschland kein Vermittlungsproblem haben, sondern einfach viel zu wenig Arbeitsplätze.

Dies kann allerdings kein Freibrief für die Thüringer Landesregierung sein, sich gleichzeitig völlig aus einer aktiven Arbeitsmarktpolitik zurückzuziehen. Genau dies ist aber seit Januar 2005 in vollem Gange. Die ESF-Mittel sind in Thüringen mittlerweile die bedeutendste finanzielle Quelle der Arbeitsmarktpolitik. Wie das Land reagiert, wenn dieser Fonds in der nächsten Förderperiode weiter reduziert wird, ist völlig unklar. Die Landesmittel zur Arbeitsmarktförderung sind gegenüber 2004 nochmals halbiert worden und betragen nur noch 22 Millionen Euro. Eine selbständige landesspezifische Arbeitsmarktpolitik ist damit nicht mehr möglich.

Stattdessen wartet Herr Althaus weiter auf Wirtschaftswachstum, welches dann schon Arbeitsplätze bringen wird. Wie hohl diese Phrase ist, zeigt die kürzlich geplatzte große Investition der Firma Moser-Beer in Erfurt. Vor den Landtagswahlen war das für die CDU ein Top-Thema und völlig sicher. Heute ist klar: Außer Spesen auf Kosten des Steuerzahlers nichts gewesen.

Davon abgesehen bringt Wirtschaftswachstum allein schon lange keine neuen Arbeitsplätze mehr. Das Bruttoinlandsprodukt lag in Thüringen im Jahr 2004 um 2,1 Prozent über dem des Vorjahres. Die Landesregierung verkündete, Thüringen liege auf Wachstumskurs. Fakt ist allerdings auch, dass diese Wirtschaftsentwicklung kaum zusätzliche Beschäftigung brachte. Die Arbeitslosigkeit ist 2004 nicht gesunken. Im Gegenteil. Sie stieg noch von über 210 000 auf mehr als 212 000 an. Selbst ein Wachstum im verarbeitenden Gewerbe von 8,5 Prozent im gleichen Zeitraum kam insgesamt nicht positiv zum Tragen, da die Rückgänge im Baugewerbe und den öffentlichen Bereichen gegenläufig wirkt.

Diese Situation wird sich durch die fehlende öffentliche Investitionskraft, verschuldet durch die Politik der Landesregierung, noch weiter zuspitzen. Die trifft vor allem auch den Mittelstand und das Handwerk. Nach Einschätzung der Thüringer Architektenkammer ist das Hauptproblem ihres Berufsstandes das Fehlen öffentlicher Aufträge. Die durchschnittliche Mitarbeiterzahl der Büros ist dort innerhalb eines Jahres von 4,5 auf 3 gesunken.

Wir verzeichnen objektiv eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Sicherung vorhandener beziehungsweise Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Neoliberale Wirtschaftspolitik, wie sie auch die Thüringer Landesregierung vertritt, hat darauf keine wirksame Antwort.

Die Thüringer PDS und ihre Landtagsfraktion haben davon ausgehend als Sofortmaßnahmen die Erhöhung der Arbeitsmarktmittel um fünf Millionen Euro gefordert, von denen drei Millionen in einem Förderprogramm für erwerbsfähige Langzeitarbeitslose eingesetzt werden sollten, denen keine Leistungen nach SGB II gewährt werden.

Außerdem beantragten wir bei der Haushaltsdebatte im Landtag, 2,5 Millionen Euro der uns vom Bund übertragenen ESF-Mittel für ein Modellprojekt gemeinwohlorientierter Arbeit zur Einrichtung von Stellen für soziale Beratung und Betreuung einzusetzen.

Als spezifischen Beitrag zur Wirtschaftsförderung für Kleinunternehmen schlugen wir Mikrodarlehen für einen Kreditbedarf bis zu 10 000 Euro vor. Damit könnten mehr Thüringerinnen und Thüringer den Weg in eine selbständige unternehmerische Tätigkeit wagen. Und es würde endlich eine wichtige Anregung aus der Enquete-Kommission zur Wirtschaftsförderung in Thüringen umgesetzt.

Es wird nicht überraschen, dass die CDU-Mehrheit im Landtag von alldem nichts wissen sollte. Ihr Motto lautet: „Weiter so, wir sind auf gutem Kurs.“

Die PDS wird sich dennoch nicht davon abbringen lassen, konstruktive Vorschläge für einen politischen Kurswechsel zu entwickeln und einzubringen.

Entsprechend den Beschlüssen von Parteitag und Landesvorstand wird gegenwärtig eine Vergabegesetz für Thüringen erarbeitet, indem wir neben der Tariftreue auch weitere beschäftigungs- und sozialpolitische Belange, so unter anderem eine Ausbildungsquote sowie Beschäftigung von Frauen und Menschen mit Behinderungen, festschreiben möchten. Auch der Aufbau eines Korruptionsregisters wird dabei in Erwägung gezogen. Dies scheint uns umso wichtiger, seit Pläne bekannt wurden, wonach die Bundesregierung offenbar vor hat, Vergaberecht entgegengesetzt zu verändern.

Nach einem vorliegenden Referentenentwurf sehen Neuregelungen vor, die gesetzliche Pflicht zu öffentlichen Ausschreibungen aufzuheben. Bund, Länder und Kommunen sollen demnach etwa im Baugewerbe bei Aufträgen bis zu 5,9 Millionen Euro ab diesen Summen ist eine Ausschreibung durch die EU vorgeschrieben selbst entscheiden können, ob sie öffentlich ausschreiben oder nicht. Nach Meinung von Experten würde damit der Korruption und dem Wettbewerb über Niedriglöhne Tür und Tor geöffnet.

Anrede!

Die Situation in den Bereichen Wirtschafts- und Arbeitsmarkt sowie die Haushaltspolitik durch Land und Bund belasten die Städte, Gemeinden und Landkreise in besonderer Weise. Was die Finanzausstattung betrifft, so werden wir verfassungsrechtliche Schritte einleiten.

Im Gegensatz zur neoliberalen Privatisierungspolitik wollen wir Unternehmen mit kommunaler Beteiligung stärken und sie im Wettbewerb den Privaten wenigstens gleichstellen. Dies ist letztlich eng verbunden mit einer effizienten und bürgergerechten kommunalen Gesundheits- und Sozialpolitik, aber auch mit einem verantwortungsvollen Stadtumbau, ökologischen Anforderungen sowie angemessener Ver- und Entsorgungsleistungen. Diese Probleme werden von der derzeit zurückgezogenen EU-Dienstleistungsrichtlinie unmittelbar tangiert. Die vor allem durch Deutschland und Frankreich gezogene Notbremse sollte deshalb für uns kein Ruhekitzel sein. Unsere französischen Nachbarn werden demnächst über die EU-Verfassung abstimmen, da kommt ein zeitweiliger Rückzug der Richtlinie gerade recht, um den Kritikern etwas Wind aus den Segeln zu nehmen und nachdenklich gewordene Wählerinnen und Wähler zu beruhigen. Selbst wenn eine überarbeitete Richtlinie das offensichtliche Wettbewerbschaos einschränkt, ist nicht damit zu rechnen, dass die Preisgabe von Unternehmen mit öffentlicher Beteiligung gestoppt und umgekehrt wird. Fraglich ist auch, ob die in dem EU-Papier festgelegten sehr hohen Hürden für neue Gesetzgebungen unangetastet bleiben. Sie dienen in erster Linie dazu, hoheitliche Einflüsse von Staaten, Regionen und Kommunen von Privatunternehmen fern zu halten.

Diese und viele weitere Fragen stellen auch die Verwaltungsstrukturen vor enorme

Herausforderungen. Mit chaotischen Strukturveränderungen, wie sie die Landesregierung längst in Gang gesetzt hat, ohne jede Mitsprache der Betroffenen, sind zukunftsgerechte Lösungen nicht zu erreichen.

Dennoch muss sich ernst zu nehmende Politik der Reform von Verwaltungshandeln unter sich verändernden sozialen und ökonomischen und finanziellen Bedingungen zuwenden. Übrigens auch, weil wir sonst demokratische Einflussnahme auf diese Bedingungen schrittweise verlieren werden.

Diesem Anliegen dient der vorliegende Antrag „**Masterplan für eine bürgernahe und effiziente Verwaltung**“.

Wir werden dazu heute Nachmittag beraten. Es ist bekannt, dass im Landesverband und seinen Gremien schon geraume Zeit über dieses Thema debattiert wird - bisweilen sehr kritisch, auch was die generelle Notwendigkeit und den Zeitpunkt der Diskussion betrifft. Fakt ist, dass ein solches Material nie ohne Reibung bleiben kann wie der Zeitpunkt auch immer gewählt wird. Fakt ist auch, dass es nicht den bekannten „**Stein des Weisen**“ darstellt. Fakt ist drittens und das drückt der Landesvorstand in seinem Beschluss zum weiteren Umgang mit dem Papier aus, dass wir uns auf Grundrichtungen festlegen, sie aber gleichzeitig in weiterer öffentlicher Debatte erproben und qualifizieren, wo nötig, eben auch weiter ändern wollen. Um eben diese Debatte mit der Öffentlichkeit, mit Betroffenen, mit Experten wirklich effektiv zu führen, müssen wir allerdings ein deutlich konturiertes Diskussionsangebot unterbreiten. Vor dieser Aufgabe stehen wir. Die Notwendigkeit zu einem solchen Schritt ergibt sich aus vielen der drängendsten Probleme, die ich schon erwähnt habe. Aber beispielsweise auch aus der demografischen Vorausschau für Thüringen. Das Thema Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform ist dabei nicht nur bei der PDS in der Diskussion. Andere Parteien, Gewerkschaften und natürlich auch Verwaltungsexperten und Kommunalpolitiker sind doch längst mit diesen Fragen befasst. Vor diesem Hintergrund sollte der Parteitag heute mit einer entsprechenden Entscheidung in die Kritiken und Hinweise aus dem Landesverband deutlich eingeflossen sind, ein weiteres Stück Klarheit zu unseren Positionen schaffen und in die Debatte geben. Wir zeigen damit auch, dass sich die PDS eben nicht, wie von ihren Widersachern immer wieder unterstellt, um komplizierte Probleme drückt und nur auf Populismus setzt.

Bleiben wir bei unserem Grundsatz: **Keine wichtige politische Entscheidung ohne die Mitbestimmung und die Einbeziehung der Betroffenen.**

Bleiben wir bei unseren Zielen: **Mehr Transparenz, mehr Service und mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger, dann muss uns vor der weiteren Diskussion nicht bange sein.**

Anrede!

Wenn wir über Strukturveränderungen sprechen, müssen wir dies auch in Bezug auf unseren Landesverband tun. Die Gewinnung neuer Mitglieder fällt uns nach wie vor schwer, obwohl wir 2004 so viele neue Mitglieder etwa 200 wie in keinem Jahr zuvor aufgenommen haben. Dennoch verlangen höhere politische Erwartungen an die PDS bei veränderten Voraussetzungen für die politische Mobilisierung des Landesverbandes und ein ansehbarer Rückgang unserer Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen mittel- und langfristig strukturelle Veränderungen sowie ein entsprechendes Personalkonzept für die hauptamtlich Beschäftigten in der Landesgeschäftsstelle und den Gebietsverbänden. Die entsprechende Arbeitsgruppe des Landesvorstandes wird unserem Herbstparteitag dazu Vorschläge unterbreiten, die wir zuvor im Landesverband, insbesondere mit den Stadt- und Kreisverbänden, diskutieren werden.

Anrede!

Wenige Tage vor dem 60. Jahrestag der Befreiung Deutschlands und Europas vom Faschismus

und dem Ende des 2. Weltkrieges müssen wir eine geradezu erschreckende Zunahme neofaschistischer Aktivitäten zu Kenntnis nehmen. Die offizielle Bundesrepublik und die Thüringer Landesregierung wollen dieser gefährlichen Entwicklung vor allem juristisch begegnen. Im Kern kann es jedoch nur um eine gesamtgesellschaftliche politische Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit gehen. Enorm wichtig ist es, den zivilgesellschaftlichen Widerstand gegen die neuen Nazis zu ermöglichen und zu ermutigen. Hier ist die Ausweitung staatlicher Förderprogramme und nicht deren Abbau wie in Thüringen leider zu verzeichnen erforderlich. Vor allem für junge Menschen ist es wichtig, die Ursachen für das Entstehen des Faschismus und den verbrecherischen 2. Weltkrieg zu kennen, um die Dimension des politischen Hintergrunds von NPD, DVU und anderen Nazi-Organisationen besser bewerten zu können. Dies ist umso wichtiger, da Propaganda der braunen Anti-Demokraten immer raffinierter wird und in Wortwahl und politischen Forderungen immer stärker soziale Aspekte in den Mittelpunkt stellt.

Der DDR wird bekannter Maßen gerne ein sogenannter verordneter Antifaschismus unterstellt. Richtig ist, dass bestimmte Seiten und Richtungen des antifaschistischen Widerstandes hervorgehoben und andere eher marginalisiert wurden.

Für meine Generation kann ich allerdings sagen: Meine Lehrerinnen und Lehrer haben großen Anteil daran, dass wir als Jugendliche um die Verbrechen des Faschismus und die furchtbaren Ereignisse des Krieges wussten. Der Besuch in Buchenwald, im Beisein ehemaliger Häftlinge hat uns stark beeindruckt an Verordnungen war nicht zu denken.

So vielfältig im Übrigen die Ursachen für Faschismus und Neofaschismus auch sein mögen, ein nicht unbedeutender Teil von ihnen liegt ohne Zweifel in den sozialen Ängsten vieler Menschen. Auch, ja gerade deshalb muss dieses Land zu einer Politik der sozialen Gerechtigkeit, der Chancengleichheit in Bildung und Kultur finden. Wer ständig in Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, vor dem Absturz ins Nichts nach gescheiterter Selbständigkeit lebt, der wird anfälliger für die einfachen Lösungen, die wieder Schuldige benennen und die Interessen der Deutschen ausmalen.

Die Thüringer PDS wird sich in alle Aktivitäten einreihen, die sich gegen Neofaschismus wenden. Dies bleibt für uns Grundanspruch gerade 60 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus. Der 8. Mai 1945 schuf erst wieder die Grundlage für ein friedliches, ein demokratisches Europa. Frieden und Demokratie in Europa werden stark sein, wenn dieses Europa auch ein soziales Europa ist.